

## **SPERRFRIST:**

**1. Mai 2019, Redebeginn**

## **REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

## **Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

**1. Mai 2019**

Leipzig

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
herzlich willkommen auf dem schönen Leipziger Marktplatz.  
Klasse, dass ihr so zahlreich gekommen seid!

Vor dreißig Jahren haben hier in Leipzig Zehntausende mit unglaublich viel Mut, Leidenschaft und Überzeugung für die deutsche Einheit gekämpft. Erinnert Euch an den September 1989, als Ungarn und die Tschechoslowakei ihre Grenzen öffneten, um Bürgerinnen und Bürgern der DDR die Ausreise in den Westen zu ermöglichen. Die Fernsehbilder von damals werde ich nie vergessen: Die Bilder von ungarischen Soldaten, wie sie die Grenzzäune nach Österreich durchschneiden. Die Bilder von der deutschen Botschaft in Prag. All der Jubel, als unser damaliger Außenminister Genscher auf den Balkon der Botschaft tritt und den Menschen verkündet, dass sie ungehindert ausreisen können. Es wäre wohl kaum zur deutschen Einheit gekommen, wenn unsere europäischen Nachbarn nicht ihre Grenzen geöffnet hätten. Unsere Wiedervereinigung haben wir auch Europa zu verdanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur fünf Minuten Fußweg von hier entfernt liegt die Nikolaikirche. Die Montagsdemonstrationen, die von dort ausgingen, haben vor dreißig Jahren die Friedliche Revolution ausgelöst. Am 9. Oktober 1989 haben tausende Menschen mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ den Weg für die deutsche Einheit bereitet. Sie haben auch wesentlich dazu beigetragen, dass sich in ganz Europa der Eisene Vorhang geöffnet hat und die jahrzehntelange Trennung unseres Kontinents zwischen Ost und West überwunden wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch heute – dreißig Jahre später – ertönt auf Deutschlands Straßen wieder der Ruf: „Wir sind das Volk!“. Mit den Zielen der friedlichen Revolution hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. Damals lautete die Losung gegen das SED-Regime: „Für ein offenes Land mit freien Menschen.“ Und heute?

Viele von denen, die heute „Wir sind das Volk!“ skandieren, wollen genau das Gegenteil. Was die wollen, ist nationale Abschottung und gesellschaftliche Spaltung. Inzwischen sitzen die völkischen Nationalisten bei uns in den Parlamenten.

Ich finde das unerträglich! Das sind die Totengräber eines weltoffenen, demokratischen und solidarischen Europas!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

es ist höchste Zeit, dass wir die Feinde unserer Demokratie in ihre Schranken weisen. Wie das geht, zeigt Ihr tagtäglich in Eurer weltoffenen Handels- und Messestadt Leipzig. Ihr habt mit Eurem geschlossenen Widerstand den rechten Mob zurückgedrängt.

Lieber Burkhard Jung,

schön, dass Du heute hier bist. Du hast klare Kante gezeigt. Du hast als Oberbürgermeister mit dazu aufgerufen, gegen die rechte Mischpoke auf die Straße zu gehen. Ganz herzlichen Dank dafür, lieber Burkhard!

Ihr habt bewiesen, dass die Rechten keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen, wenn alle demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Und genau darum geht es bei der Europawahl und den Kommunalwahlen in gut drei Wochen. Und darum geht es auch bei den anstehenden Landtagswahlen hier in Sachsen, in Brandenburg und Thüringen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

viele haben den Eindruck, die deutsche Einheit ist auch dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution noch nicht vollendet. Bis heute haben die Politik aber auch die Unternehmen es nicht geschafft, gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Ost und West herzustellen.

Lasst uns also endlich dafür sorgen, dass die Lebensbedingungen der Menschen in Ost und West angeglichen werden. Das ist überfällig und zwar seit Langem! Dafür setzen wir Gewerkschaften uns ein.

Vieles haben wir erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In den Unternehmen, in denen Tariflöhne bezahlt werden, haben wir die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland nahezu geschlossen. Auch bei der Arbeitszeit werden wir nicht locker lassen. Aber es kann doch nicht länger angehen, dass in vielen Betrieben drei, vier Stunden länger gearbeitet wird als im Westen. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche muss auch hier im Osten gewonnen werden. Es kann doch nicht sein, dass bei gleicher Leistung die Kolleginnen und Kollegen hier im Osten immer noch länger schufteten müssen.

Zur bitteren Realität in den ostdeutschen Ländern gehört aber auch, dass nur noch 44 Prozent der Beschäftigten Tariflöhne erhalten. Auch im Westen haben wir keinen Grund zum Jubeln. Hier sind es nur noch 57 Prozent der Beschäftigten, die in Unternehmen mit Tarifverträgen arbeiten.

Egal ob in den alten oder neuen Bundesländern: Wir werden es nicht hinnehmen, dass die Kapitalisten nahezu täglich Tariffucht betreiben. Das ist inzwischen für viel zu viele Arbeitgeber zu einer Art Volkssport geworden. Hier in Leipzig habt Ihr dafür leider reichlich Anschauungsmaterial.

Schaut Euch doch die Erzkapitalisten von Amazon an. Seit Jahren sträuben sie sich mit allen Mitteln dagegen, einen Tarifvertrag mit der ver.di abzuschließen. Und was passiert gerade bei Galeria Kaufhof? Der Laden liegt nur wenige Meter von hier entfernt. Nach der Fusion von Karstadt und Kaufhof haben die nichts anderes zu tun als aus dem Tarifvertrag auszusteigen.

Das ist eine Schweinerei, liebe Kolleginnen und Kollegen!

So nicht! Tarifverträge müssen wieder überall gelten.

So wahnsinnig schwierig ist das übrigens gar nicht. Lasst uns damit anfangen, dass Aufträge der Kommunen, der Länder und des Bundes nur noch an Unternehmen gehen, die ordentliche Tariflöhne bezahlen. Und wir fordern, dass öffentliche Fördergelder und Investitionshilfen nur noch an Firmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Es ist doch ein Unding, dass wir mit unseren Steuergeldern auch noch Lohndumping unterstützen.

Das gilt auch für die sächsische Landesregierung. Hier im Freistaat ist Tariftreue noch immer ein Fremdwort. Damit muss Schluss sein, spätestens nach den Landtagswahlen im Herbst.

Und ganz wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss endlich erleichtert werden. Auch das ist eine wirksame Medizin, die wir den Unternehmen gegen Tariffucht verabreichen können.

Ordentliche Tarifverträge sind die beste Garantie für Gute Löhne. Sie stärken den sozialen Zusammenhalt und schaffen gleichwertige Lebensbedingungen. Sie sind die beste Garantie für eine sichere Rente, die im Alter ein Leben in Würde ermöglicht. Das reicht aber nicht. Wir müssen bei der gesetzlichen Rente bundesweit für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen!

Der DGB fordert seit Langem eine Angleichung der Ost-Renten an die West-Renten. Die Große Koalition hat dies nun endlich beschlossen. Aber warum bitteschön erst ab dem Jahr 2024? Das geht auch schneller, liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss es nur politisch wollen!

Die Große Koalition hat immerhin bis 2025 dafür gesorgt, dass die gesetzliche Rente stabil bleibt und nicht weiter in den Keller geht. Das hat die GroKo nicht ganz freiwillig gemacht. Ohne unseren Druck hätten die sich nicht bewegt.

Das ist aber nur ein erster Schritt. Wir wollen, dass die Renten wieder steigen und dauerhaft höher bleiben, damit Menschen auch im Alter ein Leben in Würde führen können.

Und in aller Deutlichkeit: Hände weg vom Renteneintrittsalter!

Was wir jetzt brauchen ist die Grundrente, so wie sie Arbeitsminister Heil vorgeschlagen hat. Unterstützt unsere Onlinepetition: Grundrente jetzt! Lebensleistung verdient Respekt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Jahren erleben wir einen rasanten Strukturwandel. Digitalisierung und Globalisierung aber der Klimawandel verändern unsere Arbeit. Diesen Strukturwandel dürfen wir nicht alleine den Märkten und Unternehmen überlassen. Hier in den ostdeutschen Bundesländern habt Ihr den Preis für eine falsche Politik bitter bezahlen müssen. Deshalb darf es nicht sein, dass die Industrien, die den Kahlschlag nach der Wiedervereinigung überstanden haben, erneut durch eine verfehlte Politik gefährdet werden.

Seht Euch doch nur an, was der Ausstieg aus der Kohleverstromung für das Mitteldeutsche Revier oder den sächsischen Teil der Lausitz bedeutet.

Wir Gewerkschaften konnten in der sogenannten „Strukturwandelkommission“ der Bundesregierung erfolgreich durchsetzen, dass das Ende des Kohlestroms mit verlässlichen Strukturbeihilfen für die betroffenen Regionen und umfassenden Absicherungen für die Beschäftigten verbunden ist. Wir erwarten jetzt von der Politik, dass der Kohlekompromiss eins zu eins umgesetzt wird!

Da passt es nicht in die Landschaft, dass der Solidaritätspakt abgeschafft werden soll.

Auch bei der Regionalförderung durch EU-Mittel drohen den ostdeutschen Ländern massive Kürzungen. Wie bitteschön soll der Strukturwandel denn gestaltet werden, wenn die finanziellen Spielräume für öffentliche Investitionen weiter zusammengestrichen werden? Auch die Schuldenbremse ist die falsche Antwort. Die richtige Antwort wäre ein ambitionierter „Zukunftspakt Ostdeutschland“ für deutlich mehr öffentliche Investitionen.

Gerade in den ländlichen Regionen klaffen immer größere Lücken bei öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen und Ämtern. Über Jahrzehnte hat sich der Staat aus der Fläche zurückgezogen.

Die Politik muss klar zeigen, dass sie für die Menschen da ist. Dadurch legen wir den rechten Hetzern und Feinden der Demokratie das Handwerk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Europa. Jetzt aber richtig!“ So lautet unser diesjähriges Motto zum 1. Mai. Das vereinte Europa ist seit Jahrzehnten Garant des friedlichen Zusammenlebens auf unserem Kontinent. Wir brauchen heute ein starkes, ein solidarisches Europa. Kein Mitglied der Europäischen Union ist noch in der Lage, die tiefen Umbrüche unserer Zeit im nationalen Alleingang zu bewältigen. Globalisierung, Migration und Flucht, Digitalisierung und Klimawandel – all das verändert unseren Arbeits- und Lebensalltag.

All das erzeugt aber bei vielen Menschen Unsicherheit und die Angst vor sozialem Abstieg. Menschen machen sich Sorgen um die eigene Zukunft und die ihrer Kinder. Ein starkes Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern Schutz und Sicherheit bietet, ist die beste Antwort. Damit dieses Europa zusammenhält, muss es das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.

Deshalb sagen wir: „Europa. Jetzt aber richtig!“

Was wir brauchen, ist ein Europa, das für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sorgt, statt sie dem neoliberalen Marktradikalismus auszuliefern. Deshalb rufen wir alle Wählerinnen und Wähler auf: Beteiligt Euch an der Europawahl am 26. Mai! Sorgt mit Eurer Stimme dafür, dass wir im nächsten Europäischen Parlament eine starke demokratische Mehrheit haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Leipzig und Sachsen liegen im Herzen des europäischen Binnenmarktes. Die sächsische Wirtschaft profitiert davon immens. Die guten Wachstums- und Beschäftigungszahlen der letzten Jahre verdankt Euer Freistaat auch dem hohen Anteil an Exporten in den europäischen Binnenmarkt – vor allem nach Großbritannien, Frankreich, Tschechien und Polen. Dabei sollte uns allen klar sein: Auf Dauer wird es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hier in Deutschland nur gut gehen, wenn es den Menschen in unseren europäischen Partnerländern nicht schlecht geht. Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen überall in Europa sind die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in einem funktionierenden Binnenmarkt. Dafür brauchen wir endlich einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat. Niemand darf in Europa gezwungen sein, zu Armutslöhnen zu schufteln. Um wirklich für Gute Arbeit in Europa zu sorgen, brauchen wir aber weit mehr als lediglich Mindestlöhne. Deshalb muss endlich Schluss sein mit den falschen Antworten auf die Eurokrise, die die Tarifsysteme vieler Mitgliedstaaten schwer beschädigt haben.

Europa muss endlich Anreize setzen, um die Tarifbindung zu erhöhen.

Daher dürfen überall in Europa nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge und EU-Fördergelder erhalten, die an einen Tarifvertrag gebunden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Europaweit arbeiten. Jetzt aber fair!“ Das muss das Leitmotiv europäischer Politik sein. Das gilt auch für die grenzüberschreitende Mobilität in Europa. Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit können EU-Bürgerinnen und Bürger in anderen europäischen Ländern arbeiten. Gleichzeitig können Unternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ein anderes Land „entsenden“. Europäische Regelungen müssen sicherstellen, dass dies zu fairen Bedingungen geschieht.

Aber die Praxis sieht ganz anders aus. Mobile Beschäftigte werden oft mit Dumpinglöhnen abgespeist oder ganz um ihren Lohn geprellt. Getrickst wird bei der Erfassung der Arbeitszeit. Sozialversicherungsbetrug ist an der Tagesordnung.

Gerade im Transport- und Logistikbereich könnt Ihr hier im sächsischen Dreiländereck tagtäglich erleben, wie unsagbar die Arbeitsbedingungen sind. Viele LKW-Fahrerinnen und -Fahrer aus anderen Teilen Europas und der Welt arbeiten bei uns unter den miesesten Bedingungen! Zu viele Speditionen haben sich auf Geschäftsmodelle spezialisiert, die eine skrupellose Mischung aus Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel sind.

Kolleginnen und Kollegen,

In Europa darf für Lohn- und Sozialdumping kein Platz mehr sein! Es ist höchste Zeit, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ überall in Europa durchzusetzen. Denn die Menschen wollen, dass Europa endlich Gute Arbeit schützt. Und nicht umgekehrt, dass wir Gute Arbeit vor Europa schützen müssen.

Gebt mit Eurer Stimme bei der Europawahl am 26. Mai dem sozialen Europa eine Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mich ärgert, dass oft nur Negativschlagzeilen über Europa produziert werden. Läuft etwas schief, dann war es Europa. Läuft etwas gut, dann wird das den Menschen als Erfolg der eigenen nationalen Politik verkauft. Übersehen wird dabei nur allzu oft, was wir alle von Europa haben. Auch in der eigenen Stadt und Gemeinde nehmen wir häufig gar nicht wahr, wo Europa überall präsent ist und unseren Alltag verbessert. Wir kommen gar nicht auf die Idee, dass es etwas mit Europa zu tun haben könnte, wenn sich die Situation vor Ort verbessert. Wir stehen hier direkt über dem Leipziger City-Tunnel. Dieser Tunnel hat die Lebensqualität für alle, die hier in der Stadt und ihrem Umland leben, deutlich verbessert. Wer weiß eigentlich, dass das Geld für den Bau des Tunnels zu fast einem Drittel aus europäischen Fördertöpfen kam?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir müssen auch die positiven Seiten Europas für die Menschen stärker zur Geltung kommen lassen. Wir müssen ihnen zeigen, wo Europa ihr Leben nachhaltig verbessert hat. Zugleich werden wir aber unsere berechtigte Kritik nicht unter den Tisch fallen lassen. Natürlich wissen wir, dass endlich Schluss sein muss mit der besinnungslosen Sparpolitik der letzten Jahrzehnte. Stattdessen brauchen wir massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum.

Deshalb unterstützen wir mit zahllosen Partnern in ganz Europa die Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“. Mit dieser Initiative wollen wir europaweit durchsetzen, dass die Förderung von bezahlbarem Wohnen durch die EU erleichtert wird.

Und nochmal: Öffentliche Investitionen müssen von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Auch für den Bau von bezahlbarem Wohnraum könnte Europa eine positive Rolle spielen. Das ist auch für Euch in Leipzig, wo die Mieten in den letzten fünf Jahren um über 20 Prozent angestiegen sind, ein soziales Thema allererster Güte.

Meine Bitte an Euch: Unterschreibt selbst und sammelt Unterschriften und rührt kräftig die Werbetrommel für unsere Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“!

Lasst uns gemeinsam für ein demokratisches Deutschland in einem solidarischen Europa kämpfen, damit es gerecht zugeht und unsere Gesellschaft zusammenhält.

Stärkt mit Eurer Stimme am 26. Mai das soziale Europa.

Europa, jetzt aber richtig.

Glück auf!